



Transformationsnarrativ und Verantwortlichkeit:

Die gesellschaftstheoretische Lücke der
Transformationsforschung

Ingolfur Blühdorn / Felix Butzlaff / Michael Deflorian / Daniel Hausknost



IGN Interventions Jan | 2018

Herausgegeben vom *Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN)*
<http://www.wu.ac.at/IGN/>

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

IGN

**INSTITUT FÜR
GESELLSCHAFTSWANDEL
UND NACHHALTIGKEIT**

bitte zitieren als:

Blühdorn, I. / Butzlaff, F. / Deflorian, M. / Hausknost, D. (2018) „Transformationsnarrativ und Verantwortlichkeit: Die gesellschaftstheoretische Lücke der Transformationsforschung“, IGN-Interventions Jan/2018, INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSWANDEL UND NACHHALTIGKEIT (IGN), Wirtschaftsuniversität Wien, Austria.

Eine englischsprachige Version dieses Textes ist kostenlos online zugänglich unter dem Titel „Transformation Research and Academic Responsibility. The social-theory gap in narratives of radical change“, <https://www.wu.ac.at/ign/aktuelle-publikationen/>

© Alle Rechte liegen bei den Autoren. Die Vervielfältigung und Verbreitung des Textes für ausschließlich wissenschaftliche Zwecke ist erlaubt. Jede Form von Nachdruck, Übersetzung, oder anderweitige Nutzung in Medien jeglicher Art nur nach Rücksprache mit dem INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSWANDEL UND NACHHALTIGKEIT (IGN), Wirtschaftsuniversität Wien, Austria.

Dieser Text ist eine teils frühere, teils überarbeitete, insgesamt deutlich verkürzte und in ihrer inhaltlichen Ausrichtung leicht veränderte Version des Artikels:

Blühdorn, Ingolfur / Butzlaff, Felix / Deflorian, Michael / Hausknost, Daniel (2018): Postwachstumsgesellschaft und Transformationsnarrativ. Soziologische Überlegungen zum Nachhaltigkeitswandel. In: Luks, Fred (Hrsg.) Transformationen. Wiesbaden: Springer Gabler.

Kontakt: Prof. Dr. Ingolfur Blühdorn, **Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN)**, Wirtschaftsuniversität Wien, Welthandelsplatz 2, 1020 Wien, Österreich, <https://www.wu.ac.at/IGN/>; Email: IGN@wu.ac.at

Transformationsnarrativ und Verantwortlichkeit

Die gesellschaftstheoretische Lücke der Transformationsforschung

Ingolfur Blühdorn / Felix Butzlaff / Michael Deflorian / Daniel Hausknost

Zusammenfassung

Teile der Transformationsliteratur scheinen in sonderbarer Weise abgekoppelt von der soziologischen Analyse kapitalistischer Gegenwartsgesellschaften und zeigen insbesondere ein deutliches gesellschaftstheoretisches Defizit. Mit Blick auf diese Schwachstelle und orientiert an der vom WBGU vorgeschlagenen Unterscheidung dreier Handlungsebenen der Transformation befassen wir uns im vorliegenden Beitrag zunächst mit einem *Nischenakteur*, der Degrowth-Bewegung, an die verbreitet hohe Erwartungen hinsichtlich ihres Transformationspotenzials geknüpft werden. Dann erweitern wir die Perspektive auf den *gesellschaftlichen Mainstream* und erkunden, wie nur noch moderat wachsenden Ökonomien nicht nachhaltigkeitsorientierte Werte, sondern ausgrenzende und illiberale Populismusbewegungen zur bestimmenden Kraft avanciert sind. Schließlich richten wir den Blick auf die Möglichkeiten des *gestaltenden demokratischen Staates*, dem bei der Nachhaltigkeitstransformation zumeist eine zentrale Rolle zudedacht wird. Dieser Dreischritt führt uns zu einer eher skeptischen Einschätzung der Transformationsfähig- und -willigkeit moderner Konsumentengesellschaften und zu der Aufforderung an das *sozialwissenschaftliche* Segment der Transformationsdebatte, Problemdiagnosen, Handlungsempfehlungen und Transformationsstrategien sehr viel sorgfältiger gesellschaftstheoretisch zu fundieren.

Schlüsselwörter: Nachhaltige Nicht-nachhaltigkeit, Sozial-ökologische Transformation, Postwachstumsbewegung, Gesellschaftlicher Wertewandel, Umweltstaat

Wir bedanken uns bei Fred Luks sowie einem externen, anonymen Reviewer für die konstruktiven und hilfreichen Kommentare zu der ursprünglichen Version des Textes.



1. Einleitung

Mit der Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA wurde unmissverständlicher denn je deutlich, was sich bereits beim UN-Klimagipfel in Kopenhagen 2009 abgezeichnet hatte: das Ende der Idee einer international koordinierten und kooperativen Politik für die *eine* bio-physische Welt, das *eine* Klima und die *eine* Weltgesellschaft. Mit dem Schlachtruf *America first!* ist an ihre Stelle das eindeutige Bekenntnis zur Wachstumslogik, zum Vorrang nationaler Interessen und zur bedingungslosen Priorität der Ökonomie gegenüber der globalen Gerechtigkeit, dem Klimaschutz und der Ökologie getreten. Diese zumindest in den USA nun offenbar auch offiziell zum Prinzip erhobene *politics of unsustainability* (Blühdorn 2011, 2013a, 2016) ist freilich weder spezifisch amerikanisch, noch ist sie in der Sache grundsätzlich neu. In der deutschsprachigen Literatur wird das Phänomen derzeit unter anderem als die *imperiale Lebensweise* (Brand und Wissen 2017) der hoch entwickelten *Externalisierungsgesellschaften* (Lessenich 2016) diskutiert. Gleichzeitig wird aber auffällig viel in neue Hoffnungsnarrative investiert: Während die älteren Versprechen der ökologischen Modernisierung an Begeisterungskraft zu verlieren scheinen, wird zum Beispiel den 2015 in Kraft getretenen Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen erhebliche Bedeutung zugemessen. Das gleiche gilt, gerade im deutschsprachigen Raum, für das vom WBGU verbreitete Szenario der *großen Transformation* (WBGU 2011), demzufolge eine nachhaltigkeitsorientierte Verschiebung gesellschaftlicher Wertepreferenzen in Ansätzen bereits zu beobachten sei, und *Pioniere des Wandels* im Verein mit dem *gestaltenden Staat* und einer *transformativen Wissenschaft* schon jetzt dabei seien, den Übergang zur nachhaltigen Gesellschaft vorzubereiten (vgl. auch z.B. Paech 2013; Schneidewind 2015; Wagner & Grunwald 2015).

Das Missverhältnis derartiger Hoffnungsnarrative zur Realität der *politics of unsustainability* findet noch auffällig wenig sozialwissenschaftliche Beachtung. Doch tatsächlich haben sich

die vermeintlich einsichtigen Externalisierungsgesellschaften, nach innen wie nach außen, längst in aggressive *Exklusionsgesellschaften* weiter entwickelt. Kapital- und investorenschützende Regierungen und rechtspopulistische Bewegungen kämpfen – gegeneinander und doch Hand in Hand – mit aller Härte für scharfe Grenzen zwischen denen, die *wirklich Hilfe benötigen*, und solchen, die sich *unverdiente Vorteile erschleichen* wollen. Und gerade das Gebaren von Donald Trump hat noch einmal den Ruf nach einem festen Schulterchluss im Kampf für *unsere Werte, unsere Freiheit und unseren Lebensstil* bekräftigt, die zwar längst als nicht verallgemeinerbar, imperial und sozial, politisch und ökologisch zerstörerisch erkannt worden sind, die aber doch mit aller Entschiedenheit verteidigt werden sollen. Es besteht also ein eklatanter Widerspruch zwischen der von der Nachhaltigkeitsforschung und vielen politischen Akteuren *dringend geforderten* – und ansatzweise angeblich auch bereits erkennbaren – gesellschaftlichen Transformation und der sich *tatsächlich abzeichnenden*. Wesentliche Teile der Transformationsliteratur scheinen in sonderbarer Weise abgekoppelt von der soziologischen Analyse spätkapitalistischer Gesellschaften.

In dem Bestreben, vor allem das gesellschaftstheoretische Defizit dieser Literatur in den Fokus zu rücken, verfolgen wir im Folgenden bewusst nicht die (zweifellos berechnete) elitenkritische Analyse der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die einstweilen jede Transformation zur Nachhaltigkeit blockieren. Stattdessen richten wir den Blick auf die gesamtgesellschaftliche Verankerung der *nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit*. Orientiert an der vom WBGU vorgeschlagenen Unterscheidung mehrerer Handlungsebenen der Transformation (WBGU 2011) befassen wir uns zunächst mit einem *Nischenakteur*, der Degrowth-Bewegung, und untersuchen, inwiefern die hohen Erwartungen, die verbreitet an diese *Pioniere des Wandels* gestellt werden, wirklich begründet sind. Daran anschließend

Vorherrschende Transformationsnarrative wirken auf den Status Quo der nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit mitunter eher stabilisierend als transformativ.

erkunden wir, wie in trotz erheblicher Anstrengungen (z.B. Zins- und Geldpolitik) bestenfalls noch moderat wachsenden Ökonomien – entgegen der Behauptung eines sich andeutenden Wertewandels zur Nachhaltigkeit – im *gesellschaftlichen Mainstream* längst ausgrenzende und illiberale Populismusbewegungen zur be-

Eine wesentliche gesellschaftliche Verantwortung der Sozialwissenschaften liegt darin, die gängigen Transformationsnarrative auf ihre soziologische Grundierung hin zu prüfen.

stimmenden Kraft avanciert sind. Abschnitt vier beschäftigt sich kritisch mit den Möglichkeiten und Grenzen des demokratisch legitimierten *gestaltenden Staates*,

dem bei der Nachhaltigkeitstransformation in der Regel eine zentrale Rolle zugeordnet wird.

Insgesamt ist unser Plädoyer für eine sorgfältigere sozialtheoretische Grundierung der Transformationsdebatte getragen vom Bekenntnis zur gesellschaftlichen Verantwortung der Nachhaltigkeitsforschung. Das WBGU-Konzept einer *transformativen Forschung*, die „relevante und glaubwürdige Lösungen für die identifizierten Probleme“ (WBGU 2011) zu entwickeln habe (vgl. auch Schneidewind & Singer-Brodowski 2014), lehnen wir ab, denn es kann nicht Aufgabe der Sozialwissenschaft sein, sich in den Dienst von Agenden zu stellen, deren Genese und Architektur selbst offenbar nicht mehr zur Diskussion stehen sollen. Im Sinne einer Soziologie, die kritisch auf die Maßstäbe und Praktiken ihrer eigenen Kritik reflektiert (Boltanski 2010), sehen wir jedoch eine wesentliche gesellschaftliche Verantwortung der Sozialwissenschaften darin, die gängigen Transformationsnarrative gründlich auf ihre soziologische Grundierung hin zu prüfen. Mitunter wirken solche Narrative auf den Status Quo der *nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit* nämlich eher stabilisierend als transformativ. Aus transformationspolitischer Perspektive sind sie dann womöglich verantwortungslos.

2. Pioniere der Postwachstumsge- sellschaft?

In der Debatte um die von vielen Seiten geforderte sozial-ökologische Transformation ist Degrowth eine der zentralen Leitideen. Als umweltpolitische Strategie firmiert Degrowth als kritische Gegenposition zu Vorstellungen des grünen Wachstums und der ökologischen Modernisierung (Jackson 2011; Paech 2012). Die Degrowth-Bewegung gilt als wichtiger kollektiver Akteur, der den strukturellen Wandel zur Nachhaltigkeit vorantreibt (Demaria et al. 2013; D’Alisa et al. 2015). Angesichts der unübersehbaren Krisensymptome des westlichen Wirtschaftsmodells insgesamt (Streck 2014) gibt sie sich kritisch gegenüber dem Kapitalismus (Kallis et al. 2015: 11) und greift mit ihrer Betonung alternativer, subversiver Alltagspraktiken das verbreitete Bedürfnis auf, unmittelbar selbst gestaltend tätig zu werden: etwa in Form von Essenskooperativen, Leihläden, alternativen Schuhwerkstätten und einer Vielzahl anderer experimenteller Praktiken. Nicht zuletzt wegen dieser Vielschichtigkeit wird Degrowth als Bewegungs- und Diskussionsraum betrachtet, in dem sich ein Mosaik der Alternativen für eine sozial-ökologische Transformation entfaltet (Burkhart et al. 2017).

Zentrale Motive im Narrativ der Degrowth-Bewegung und der sie begleitenden sozialwissenschaftlichen Literatur sind die Kritik am Konsum als Alltagspraxis sowie das Ziel von dessen Überwindung. Das in modernen Gesellschaften zur Normalität gewordene Konsumverhalten gilt den Degrowth-VertreterInnen nicht als genuines Bedürfnis der Menschen, sondern als Ausdruck von Interessen, die ihnen zur „Bewahrung der geltenden sozialen Verhältnisse übergestülpt werden“ (Muraca 2015: 109). Als ewige Zielscheibe der Konsumgüterindustrie und durch den ständigen Wettbewerb um soziale Distinktion seien die *entfremdeten* Bürger in einem „iron cage of consumerism“ eingeschlossen (Jackson 2011: 188; auch Paech 2012: 110f.). Als „Gefangene des Wachstumsregimes“ (Muraca 2015: id.) seien sie niemals in der Lage, das eigentlich ersehnte Glück tatsächlich zu erreichen. Die kritische Reflexion dieser fremdbestimmten Denk- und Hand-

lungsmuster eröffne jedoch den Weg zu alternativen Praktiken, durch die eine Veränderung des eigenen Selbst und letztlich der Gesellschaft insgesamt möglich werde (Eversberg & Schmelzer 2016: 13).

Dieses Narrativ erinnert an die Bewegungsliteratur der 1970er und 1980er Jahre und die Diagnosen der Kritischen Theorie, wirft aus heutiger Perspektive aber sowohl in theoretischer als auch in empirischer Hinsicht Zweifel auf. Unbestreitbar gibt es in zeitgenössischen Gesellschaften ein Leiden am Konsum, das nicht zuletzt durch die sozialen und ökologischen Konsequenzen der Konsumkultur genährt wird. Aus soziologischer Perspektive scheint jedoch der Versuch, den Konsum als vor allem fremdbestimmt, pathologisch oder gar als gezielt eingesetztes Verblendungsprogramm darzustellen, deutlich verkürzend. Vielmehr ist zu beobachten, dass das Konsumverhalten faktisch im gleichen Maße, wie Außenorientiertheit und Selbstdarstellung gegenüber der traditionellen Betonung auf charakterliche Eigenschaften und sogenannte *innere Werte* an Bedeutung gewinnen, zum zentralen Mittel wird, die eigene Besonderheit zum Ausdruck zu bringen (Bauman 2007; Blühdorn 2013b; Ritzer und Murphy 2014). Dass das solchermaßen inszenierte Selbst stets eine kurze Verfallsfrist hat und auf ständige Erneuerung angewiesen ist, erscheint dabei keineswegs nur als Mangel, sondern bietet in der *Gesellschaft der Singularitäten* (Reckwitz 2017) vielmehr die Möglichkeit, flexible, vielschichtige und widersprüchliche Identitäten zu artikulieren. Wenig verwunderlich ist daher, dass sich auch die Mitglieder der Degrowth-Gemeinschaft keineswegs unbedingt von den zentralen Symbolen des modernen Lifestyles befreien: Smartphonebesitz oder häufige Flugreisen sind auch hier durchaus verbreitet (Eversberg 2016: 93). Das eigene Konsumverhalten wird mitunter als *befremdlich* empfunden, seine zentrale Subjektivierungsfunktion bleibt aber durchaus erhalten. Soziologisch gesehen hat daher weder die Behauptung Bestand, der Konsum sei ein „Megaprogramm der individuellen Verkümmern“ (Paech 2013: 205), noch ist angesichts faktisch vorherrschender Ideale vom guten und erfüllten Leben das Umkehrversprechen sonderlich plausibel, dass die Befreiung vom Konsum den Weg zur wahren Erfüllung eröffne.

Die These, dass die Degrowth-Bewegung als Avantgarde eines grundsätzlichen gesellschaftlichen Strukturwandels betrachtet werden kann, stützt sich zweitens auf ihre alltagspraktische Orientierung und die experimentelle Umsetzung von Alternativmodellen (Konzeptwerk Neue Ökonomie 2017: 47), etwa in Gemeinschaftsgärten, offenen Werkstätten oder Hausprojekten. In sogenannten „Reallaboren des Wandels“ (Welzer et al. 2014), so das Argument, erlebten die Beteiligten nicht nur eine Befreiung aus den Bedürfniszwängen als fremdbestimmte KonsumentInnen, sondern brächten zugleich die tatsächliche, sozial-ökologische Transformation voran (Konzeptwerk Neue Ökonomie 2017: 14). Letztlich seien es die radikal neuen Erfahrungen individueller Autonomie, die die PraktikerInnen dazu motivierten, die Selbstveränderung auch in anderen Lebensbereichen zu verfolgen (Muraca 2015: 107f). Gerade im urbanen Bereich sei dieser *everyday environmentalism* eine aussichtsreiche Strategie, den Widerspruch zwischen den eigenen Wertorientierungen und der einstweilen noch hegemonialen Logik des industriellen Konsumkapitalismus zu überwinden (Schlossberg & Coles 2015).

Grundlegende Zweifel scheinen auch hier angebracht. Tatsächlich ist gerade in den kritisch-kreativen Milieus ein Interesse an nachhaltigeren Alltagspraktiken und sozialen Lebensformen zu beobachten, die jenseits des kapitalistischen Massenkonsums liegen. Prominente Beispiele sind die vielen lokalen Gemeinschaftsgärten und Biogemüsekooperativen. Allerdings bleiben solche Abweichungen von den etablierten Konsummustern und Verhaltensweisen in aller Regel hochselektiv und symbolisch, und selbst auf der individuellen Ebene gibt es wenig Anzeichen dafür, dass die in diesen alternativen Kleinkontexten gewonnene Selbstwirksamkeitserfahrung etwa eine *durchgängige* Veränderung der Denk- und Handlungsmuster initiieren würde. Vielmehr zeigen empirische Untersuchungen von politischem Konsum oder auch *urban farming* erhebliche und beständige Widersprüchlichkeiten.

Abweichungen von den etablierten Konsummustern und Verhaltensweisen sind in aller Regel hochselektiv und symbolisch.

ten in der Alltagspraxis auf (Connolly & Portero 2005; Dobernig & Stagl 2015). Studien, die das Umweltverhalten verschiedener gesellschaftlicher Milieus vergleichen, kommen zu dem Ergebnis, dass gerade in den kritisch-kreativen Milieus Lebensstile gepflegt werden, die mit einem weit überdurchschnittlichen Ressourcen- und Energieverbrauch verbunden sind (z.B. Umweltbundesamt 2016; Moser & Kleinhüchelkotten 2017). Und die Behauptung (Howaldt & Schwarz 2017), gesellschaftlicher Strukturwandel werde sich einstellen, weil neue soziale Praktiken sich *durch Nachahmung* (Tarde 2009) verbreiteten und „Probleme oder Bedürfnisse besser zu lösen bzw. zu befriedigen“ vermöchten (Howaldt & Schwarz 2010: 54), erscheint überwältigend unterkomplex.

Drittens stützt sich das Vertrauen in die Pionierkraft der Degrowth-Bewegung auf die These, dass sie eine übergreifende Leitidee präsentiere, die als Klammer „zwischen verschiedenen Gruppen, Widerstandsformen, sozialen Kämpfen und alternativen gesellschaftlichen Entwürfen vermittelt“ (Muraca 2015: 105). Diese Vorstellung ist allerdings selbst innerhalb der vielfältigen Initiativgruppen umstritten (Burkhart et al. 2016). Tatsächlich wurde unter Degrowth-SympathisantInnen eine Vielzahl verschiedener ideologischer Strömungen festgestellt (Eversberg 2016). Ein verbindendes Moment liegt etwa in der basisdemokratischen Orientierung (Hausknost 2017a) oder der Annahme, dass eine Degrowth-Demokratie die Integrität und Autonomie der Natur und nachfolgender Generationen sichern werde. Gegen die Hoffnung, dass Degrowth als neue Klammer für verschiedene emanzipatorische Bewegungen fungieren könnte, spricht jedoch, dass dieser Begriff inhaltlich einstweilen chronisch unbestimmt bleibt. Seine Offenheit wird insofern als Stärke gesehen, als er Raum für eine Vielzahl an Ideen und Handlungsweisen bietet (D’Alisa et al. 2015: xxi; Konzeptwerk Neue Ökonomie 2017: 49). Allerdings zeichnet sich selbst in den eigenen Reihen der Bewegung kaum ein Konsens bezüglich kollektiver Regeln für die Kernidee der geforderten Selbstbegrenzung ab. Die Setzung und Umsetzung konkreter Normen bleibt vielmehr die Angelegenheit der einzelnen AktivistInnen. Das entspricht zwar der Logik fortschreitender Individualisierung und Differenzierung, blockiert aber schon auf der

Ebene kleiner lokaler Gruppen die Einigung auf verbindliche Verhaltensnormen. Erst recht scheitert Degrowth an der Aufgabe, auf gesamtgesellschaftlicher oder sogar internationaler Ebene eine normative Grundlage für ein transformatives Gesellschaftsprojekt zu schaffen. Einen Ersatz

für den Glauben früherer Umweltbewegungen an unverhandelbare Notwendigkeiten der Ökologie, d.h. ein verbindliches Leitprinzip für eine große gesellschaftliche

Transformation, bietet Degrowth jedenfalls eindeutig nicht. Ebenso fehlt eine klare Vorstellung einer politischen Form, in der eine Degrowth-Gesellschaft zur politischen Alternative werden könnte. Stattdessen schafft die Bewegung vielleicht vor allem Räume, um Identifikation mit einem gesellschaftskritisch-emanzipatorischen Projekt zu artikulieren, ohne sich dabei auf bestimmte Werte, Verhaltensformen oder persönliche Einschränkungen verpflichten zu müssen. Am Ende könnten die diskursive Kritik an Wachstum und Konsum und das praktische Erleben von Mikro-Alternativen sogar das Festhalten an der imperialen Lebensweise leichter machen – und als Kompensationsstrategien die *Resilienz* des kriselnden Kapitalismus stärken (Blühdorn 2017). Das gilt in dem Maße umso mehr, wie das Degrowth-Narrativ ausblendet, dass sich jenseits seiner eigenen Nischen längst eine ganz andere Postwachstumsrealität entfaltet.

Die Behauptung, gesellschaftlicher Strukturwandel werde sich einstellen, weil neue soziale Praktiken sich durch Nachahmung verbreiteten und „Probleme oder Bedürfnisse besser zu lösen bzw. zu befriedigen“ vermöchten, erscheint unterkomplex.

3. Die Realität der Exklusionsgesellschaft

Während nämlich in der Transformationsliteratur die Postwachstumsgesellschaft vor allem eine normative Leitidee ist, die davon ausgeht, dass mit der neuen Gesellschaft auch ein neuer Mensch mit vollständig veränderten Vorstellungen von Selbstbestimmung, einem gelungen Leben und Glück entsteht (Soper 2007), hat

sich in den Industrienationen die deutlich andersartige Realität einer *faktischen Postwachstumsgesellschaft* etabliert: Die auf Wachstum basierenden Versprechen und Hoffnungen der traditionellen Modernisierung behalten hier ihre volle Gültigkeit, doch für wesentliche Teile der Gesellschaft bleiben sie aufgrund des anhaltenden und vermutlich irreversiblen Rückgangs des wirtschaftlichen Wachstums dauerhaft unerfüllbar. In diesen Gesellschaften haben sich tatsächlich bereits grundlegende Ver-

Am Ende könnte das praktische Erleben von Mikro-Alternativen sogar das Festhalten an der imperialen Lebensweise leichter machen.

änderungen im Sinne eines Werte- und Kulturwandels eingestellt – ob die aber einem nachhaltigkeitsorientierten Transformationsprojekt zuträglich sind, er-

scheint durchaus fraglich. Einige Überlegungen, die bei der Diskussion des Nischenakteurs Degrowth-Bewegung bereits angeklungen sind, sollen mit Blick auf den gesellschaftlichen Mainstream daher vertieft werden.

An vorderster Stelle steht dabei die Frage nach der Verfügbarkeit und Akzeptanz von öko-sozialen Imperativen oder verhaltenssteuernden Regeln, die das Projekt einer großen Transformation leiten könnten. Hier ist bedeutsam, dass die Bereitschaft heutiger Bürger, sich stabil und langfristig einem bestimmten gesellschaftlichen Milieu und politischen Lager zuzuordnen, deutlich gesunken ist: Die individuelle Bindungswilligkeit, auch über Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften und Kirchen, ist seit Jahren rückläufig (Wiesendahl 2011). Gleichzeitig steigt die Zahl derer, die ihre individualisierten Anliegen in *ad hoc* arrangierten Konstellationen in die Politik einzuspeisen versuchen (Butzlaff 2016). Individualisierungs- und Emanzipationsprozesse haben die Menschen aus traditionellen Ordnungen herausgelöst und bewirkt, dass sie ihre Selbstbilder und Verwirklichungsoptionen zunehmend individualisiert und flexibel immer wieder neu realisieren. Das bedeutet zwar einerseits eine Befreiung aus alten, bevormundenden Rollenmustern; gleichzeitig beschränkt diese Emanzipation aber auch die Möglichkeiten, über Gruppenzusammenhänge kollektives Handeln und neue Subjektivierungsformen zu initiieren, die vermutlich für eine nachhaltigkeitsorientierte

Gesellschaftstransformation Voraussetzung wären.

In einem Szenario, wo das selbstverantwortliche, immer weniger in identitätsstiftende Großzusammenhänge eingebettete Individuum für die Konstruktion und Aufrechterhaltung seines Selbstwertes zunehmend auf sich und seine eigenen Fähigkeiten zurückgeworfen ist, richtet sich zudem eine *Emanzipation zweiter Ordnung* (Blühdorn 2013b: 143-150) vermehrt gegen jene emanzipatorischen Normen und Selbstverpflichtungen, die die sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre selbst überhaupt erst erstritten hatten. Denn, dass etwa die Demokratisierung aller Lebensbereiche, die Verpflichtung auf das Gemeinwohl, alternative Lebensformen oder das Ideal der internationalen Gerechtigkeit von allen Menschen als erstrebenswerte Ziele geteilt werden, ist keineswegs ausgemacht. So stehen die Glaubenssätze und Forderungen früherer Befreiungsbestrebungen heute selbst zunehmend auf dem Prüfstand. Dies hat unter anderem zu einer irritierenden Ambivalenz gegenüber demokratischen Werten und Verfahren geführt (Butzlaff et al. 2013; Blühdorn 2013b). Außerdem werden auch öko-soziale Imperative mit ihren als beschränkend und bevormundend wahrgenommenen Vorstellungen von Glück und Lebenssinn zunehmend abgelehnt. Die verbreitete Beschreibung der Grünen als *Verbots-Partei* zeigt dies deutlich.

Unmittelbar damit verbunden ist die schon angesprochene Beobachtung, dass in modernen Gesellschaften die Bedeutung konsumorientierter Formen der Selbstverwirklichung und sozialen Distinktion nicht etwa sinkt, sondern weiterhin steigt. Ungewollt haben die emanzipatorischen Bewegungen diese Entwicklung sogar selbst befördert: Sie haben die individuell unabhängige Selbstverwirklichung stets als Stärke betrachtet, dabei aber außer Acht gelassen, dass die von ihnen idealisierte Form der befreiten, selbstbestimmten Identitätsbildung ein hohes Maß an sozialem, kognitivem und kulturellem Kapital voraussetzt – das für wesentliche Teile der Gesellschaft jedoch nicht verfügbar ist. Gerade das Zusammenwirken der Individualisierung von Selbstverwirklichung einerseits, und der ungleichen gesellschaftlichen Verteilung solcher Kapitalformen andererseits,

hat zu einer transformationspolitisch höchst problematischen, schichtenübergreifenden Fokussierung auf die materielle Dimension geführt: die Welt des Konsums, die mit Hilfe der Discounter und ständig sinkender Preise auch niedrigeren Einkommensgruppen zugänglich ist, ist immer stärker zur Bühne geworden, auf der die eigene Identität ausgeprägt und zur Schau gestellt wird (Böhme 2016).

Unter Bedingungen einer *faktischen* Postwachstumsgesellschaft gerät die ökonomische Absicherung dieser Identitätsbildung aber unter Druck (Graefe 2016). Die finanziellen Ressourcen, sich fluide und flexibel über Konsum und materielle Güter zu definieren, stehen mit schwindendem Wirtschaftswachstum in abnehmendem Maße zur Verfügung. Wohlfahrtsstaatliche Institutionen sind nicht mehr in der Lage, die entstehende Lücke auszufüllen, sondern werden ihrerseits im Zeichen der neoliberalen Austeritätspolitik um- bzw. abgebaut. So entstehen neue gesellschaftliche Spaltungslinien zwischen denjenigen, die mit den neuen Freiheitsräumen konstruktiv umzugehen vermögen, weil ihnen die erforderlichen materiellen und nicht-materiellen Formen von Kapital reich zur Verfügung stehen, und den Teilen der Gesellschaft, die die Versprechen gesellschaftlicher Liberalisierungen nur eingeschränkt, oder eben auch gar nicht mehr, verwirklichen können. Die Identitäten und Lebensstile der Einen beruhen somit nicht mehr bloß auf der globalen Externalisierung sozialer und ökologischer Nebenkosten, sondern, direkter denn je, auf der *innergesellschaftlichen* Exklusion der Anderen. Was bisher als unangenehme, aber therapierbare Nebenfolge erschien, verwandelt sich in eine notwendige Bedingung: Die Einen können ihre Ideale verwirklichen, *weil* den Anderen dies verwehrt bleibt (Lessenich 2016).

Eine direkte und in vielen westlichen Gesellschaften beobachtbare Folge dieser Entwicklungen ist der Aufstieg populistischer Bewegungen. Ihre politische Kraft ziehen sie aus den Zumutungen, die die neoliberale Modernisierung dem Einzelnen auferlegt (Jörke und Selk 2015; Spier 2010), sowie aus den strukturellen

Überforderungen, die das emanzipatorisch-libertäre Projekt für wesentliche Teile der Gesellschaft bedeutet (Eribon 2016). Gerade der Rechtspopulismus ist auf diese Weise längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen und zu einer bestimmenden politischen Kraft geworden (Decker et al. 2016). Seine Agenda steht aber im direkten Widerspruch zu den Hoffnungen der Transformationsnarrative: Er beflügelt die Aufkündigung sowohl der sozialen, als auch der demokratischen und ökologischen Selbstverpflichtungen, die emanzipatorische Bewegungen mühsam durchgesetzt hatten. Er definiert Politik und Gesellschaft als Konkurrenzkampf um knappe kulturelle, soziale und ökonomische Ressourcen, um die korrupte Eliten und nutznießende Trittbrettfahrer die eigentlich Berechtigten betrügen wollen. Mit der Begründung, dass die ökologisch-soziale Transformation ein elitäres Projekt sei, das letztlich nur den privilegierten Status derer zementiere, die schon bisher vom Gesellschaftswandel profitiert haben (Geiges et al. 2015), wendet der Rechtspopulismus sich dezidiert gegen die Forderungen einer nachhaltigkeitsorientierten Politik. Stattdessen verfolgt er seinerseits eine Agenda der Ausgrenzung und wehrt sich gegen Formen der Demokratie, die Minderheiten begünstigen und das Verständnis von Gleichheit und Gerechtigkeit über das so genannte *wahre Volk* hinaus ausdehnen (Blühdorn & Butzlaff 2018).

Der Rechtspopulismus beflügelt die Aufkündigung der sozialen, demokratischen und ökologischen Selbstverpflichtungen, die emanzipatorische Bewegungen mühsam durchgesetzt hatten.

Ähnlich wie sich gezeigt hat, dass der Nischenakteur Degrowth-Bewegung als Pionier eines umfassenden gesellschaftlichen Wandels mitunter erheblich überschätzt wird, kann also auch für den Mainstream westlicher Gesellschaften konstatiert werden, dass die Voraussetzungen für eine große öko-soziale Transformation denkbar ungünstig sind. Je weniger aber bei den Nischenakteuren und im Mainstream der „bedrohten Mehrheit“ (Krastev 2017: 119) transformative Potenziale festgestellt werden können, desto mehr konzentrieren sich die Hoffnungen auf den führenden und gestaltenden Staat.

4. Demokratischer Konsens und gestaltender Staat

Gerade vor dem Hintergrund zunehmender gesellschaftlicher Komplexität und der Ausdifferenzierung vielfältiger Wertorientierungen wird heute tatsächlich mehr denn je nach einem „gestaltenden und aktivierenden Staat“ (WBGU 2011) gerufen – einem Staat, der einerseits „ein effektives rechtliches Instrumentarium und einen passenden Policy-Mix zwischen privaten, halbstaatlichen und öffentlichen Akteuren etablieren“ und andererseits „auf verschiedenen Ebenen geeignete Experimentier- und Spielräume schaffen“ soll (WBGU 2011: 217). Der Staat wird also als zentrales Vehikel der Transformation in die Pflicht genommen. Im Zeichen des hegemonialen Neoliberalismus wird diese Pflicht allerdings vor allem als die *Fortführung* bekannter Strukturen und Strategien des Status Quo verstanden: als Förderung von marktwirtschaftlicher Dynamik in *public-private partnerships* und als Steuerung der Transformation durch einen *Policy-Mix*, der Veränderung primär als technologische und soziale Innovation interpretiert. Statt eines radikalen Umsteuerns mittels ordnungspolitischer und steuerrechtlicher Maßnahmen, die aktiv in Angebot und Nachfrage materieller Güter eingreifen, wird die Last der Transformation an so genannte *change agents* und *social entrepreneurs* übertragen, deren kreative Ideen die Welt von morgen aus den oben bereits besprochenen Tiefen der Zivilgesellschaft und aus Start-Up Nischen heraus erschaffen sollen. Gerade aus marktliberaler Perspektive soll (oder will) der Staat die nachhaltige Gesellschaft von morgen also zwar ermöglichen, aber doch selbst keine Verantwortung für ihre Errichtung übernehmen. Er befindet sich damit in einer Zwickmühle: einerseits muss er sich aufgrund der erdrückenden wissenschaftlichen Beweislage zum Ziel eines tiefgreifenden sozial-ökologischen Strukturwandels bekennen, andererseits kann er – gerade im Zeitalter des hegemonialen Neoliberalismus – keine Transformation zulassen, die etablierte

Paradoxerweise liefern gerade die unbestreitbaren Erfolge der institutionalisierten Umweltpolitik den Beweis für die Unmöglichkeit eines eigenständigen Staatsimperativs der Nachhaltigkeit.

Fortschrittsindikatoren wie Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsquoten in Frage stellt.

Dieses Dilemma ergibt sich allerdings keineswegs allein aus der Hegemonie des Neoliberalismus, sondern zunächst vielmehr aus der Abhängigkeit des liberalen Staates von demokratischer Legitimation. Seit dem Aufstieg der Arbeiterklasse und der Anerkennung ihres Anspruchs auf politische und ökonomische Teilhabe ist der moderne Staat nämlich auch ein *demokratischer* Staat, und um auch der breiten Masse der Bevölkerung ein glaubhaftes Wohlstands- und Fortschrittsversprechen anbieten und ideologische Widerstände gegen die Logik der Kapitalakkumulation befrieden zu können, muss er dafür sorgen, dass der materielle Kuchen (Beschäftigung, Einkommen, wohlfahrtsstaatliche Leistungen) stetig wächst. Der moderne Staat steht somit unter einem doppelten *Legitimationsimperativ* (Dryzek et al. 2003) – Gewährleistung

politischer und wirtschaftlicher Teilhabe – und wirtschaftliches Wachstum wird letztlich zum *Staatsimperativ* (Skocpol 1979). Einige Theoretiker haben zwar argumentiert, dass sich in modernen Gesellschaften nach dem traditionellen Legitimationsimperativ auch ein genuiner *Nachhaltigkeitsimperativ* herausbilden könne, bzw. dies bereits geschehe (Dryzek et al. 2003; Meadowcroft 2012). Denn durch die Inklusion der Umweltbewegungen und ihrer Kernanliegen in das Staatsgefüge sei der Umweltschutz als neue Kernaufgabe des Staates institutionalisiert worden, und der Staat entwickle sich vom traditionellen *Wohlfahrtsstaat* zum modernen *Umweltstaat*. Paradoxerweise liefern allerdings gerade die unbestreitbaren Erfolge der institutionalisierten Umweltpolitik den Beweis für die Unmöglichkeit eines eigenständigen Staatsimperativs der Nachhaltigkeit, auf den das Projekt einer staatlich gesteuerten Transformation sich stützen könnte.

Erstens nämlich folgt die bisherige Umweltpolitik klar dem Legitimationsimperativ des Staa-

tes und nicht einem eigenständigen Nachhaltigkeitsimperativ: Die Rettung der Flüsse und Wälder, die Verbesserung der Luftqualität in Ballungsräumen und die Einrichtung von Naturschutzgebieten fügt sich nahtlos in die wohlfahrtsstaatliche Logik der Sicherung eines allgemeinen Lebensstandards ein (Hausknost 2017b). Zweitens ist für diese Verbesserungen gerade kennzeichnend, dass sie erreicht wurden, ohne dass dafür der Pfad industrieller Entwicklung und ökonomischer Expansion verlassen werden musste. Vielmehr haben sie dessen Logik weiter verfeinert und noch tiefer verankert (Fücks 2013; Huber 2009). Genau diese Anbindung an die Wohlfahrtsstaatlichkeit einerseits und die Wachstumslogik andererseits beraubt jedoch die Umweltpolitik ihres genuin politischen und transformatorischen Potentials.

Vom gestaltenden Staat wird Umweltpolitik erwartet, keineswegs aber Transformationspolitik.

Sie degradiert jeden Bezug zu umfassender, planetarischer Nachhaltigkeit zu einem rein ethischen Postulat und macht eine strukturelle Transformation zu einem wissenschaftlichen, elitären und abstrakten Desiderat, das zur Lebensrealität der Menschen unverbunden bleibt.

Ein gestaltender Staat, der über den demokratischen und wohlfahrtsstaatlichen Legitimationsimperativ hinausreichen wollte, müsste demgegenüber aktiv in Produktionsprozesse und die etablierte Nachfragelogik eingreifen. Er müsste die Fragen nach dem Verständnis von Wohlfahrt, einem geglückten Leben und dem Sinn der Gesellschaft neu stellen und politisieren. Die gesellschaftlichen Konflikte um diese notorisch problematischen Fragen sind einstweilen noch durch das Versprechen auf fortlaufendes Wachstum und stetige Verbesserung halbwegs stillgestellt – entpolitisiert (Hausknost 2014). Sie brechen aber, wie im vorangegangenen Abschnitt ausgeführt, in der faktischen Postwachstumsgesellschaft mit aller Vehemenz neu auf. Und gerade in der beschriebenen Konstellation des verschärften Wettbewerbs und der Exklusion löst jede staatliche Maßnahme, die mit dem Ziel einer Nachhaltigkeitstransformation in private Lebensstile eingreift und gesellschaftlichen Sinn zu kollektivieren sucht, politische Konflikte aus, die kaum zu kontrollieren sind. Jeder Versuch, etwa den

Fleischkonsum zu begrenzen oder in das individuelle Reise- und Mobilitätsverhalten einzugreifen, wird sofort unter den Verdacht der elitären Ökodiktatur gestellt. Vom gestaltenden Staat wird eben *Umweltpolitik* erwartet, d.h. die die Lebensqualität steigernde Bereitstellung gesunden Gemüses, effizienter Motoren und regionaler Lärmschutzmaßnahmen, keineswegs aber *Transformationspolitik*, d.h. politische Eingriffe, die sich anmaßen, individuelle Lebensstile und den Sinn von Gesellschaft zur Diskussion zu stellen und neu zu bestimmen.

Die Transformationsmöglichkeiten des von demokratischer Legitimation abhängigen Staates sind also sehr beschränkt. Zumindest solange sich keine mehrheitsfähigen alternativen Kriterien abzeichnen, bleibt der Legitimationsimperativ des modernen demokratischen Staates die *gläserne Decke* jeder staatlich organisierten Transformation; und jeder Versuch, die Befriedungslogik von Wachstum und Konsum auszuhebeln, würde unweigerlich in eine Legitimationskrise des Staates führen (Hausknost 2017b). Vor dem Hintergrund des Klimawandels, des Ressourcenschwundes, sich zuspitzender sozialer Verteilungskonflikte und der Krise des Kapitalismus ist freilich jede aktuelle Politik gezwungen, Möglichkeiten einer Re-Stabilisierung jenseits des Wachstumsparadigmas zu suchen. Ob diese Neuorientierung jedoch in Richtung Nachhaltigkeit führen wird und in welchem Maße der Staat hier wirklich *gestalten* kann, bleibt einstweilen unklar. Unverkennbar ist demgegenüber, dass die einsetzende Auflösung der herkömmlichen Stabilisierungsmechanismen sich bereits jetzt beobachten lässt.

5. Zwischen Aufbruchsrhetorik und Alternativlosigkeit

Die postindustriellen Konsumentendemokratien der Gegenwart befinden sich also in einem durchaus grundlegenden Wandel. Aber die tatsächlich beobachtbaren Transformationsprozesse sind von dem, was die Nachhaltigkeitsforschung und viele nachhaltigkeitspolitische Akteure mit Nachdruck fordern, weit entfernt. Dieser Erkenntnis hat die populäre Transforma-

tionsliteratur einstweilen wenig entgegenzusetzen. Die verbreitete Beschwörung einer Neubelebung des demokratischen Projekts, eines echte Erfüllung bringenden alternativen Hedonismus, eines neuen Gesellschaftsvertrages oder der Vision des guten Lebens für Alle sind politisch sympathisch, erwecken soziologisch betrachtet aber – nicht zuletzt wegen ihrer eklatanten Theoriedefizite – bestenfalls den Eindruck von Hilflosigkeit. Zwar wird die widersprüchliche Gleichzeitigkeit eines zunehmenden Problembewusstseins und des entschiedenen Festhaltens an der imperialen Lebensweise und der Logik der Externalisierungsgesellschaft mitunter deutlich herausgestellt, aber dem eigentlichen Problem geht die Literatur konsequent aus dem Weg:

Die Politik der Nichtnachhaltigkeit ist nicht einfach nur im Zuge des entfremdenden Kapitalismus

Die Verfechter der ökologischen Modernisierung haben einen wirksamen Schutzschirm aufgespannt, unter dem die sichtbar brüchig gewordene Ordnung für Jahrzehnte weiter erhalten werden konnte.

entstanden, sondern – zumindest auch – im Zuge des emanzipatorischen Projektes selbst. Entsprechend gelingt es

der Nachhaltigkeitsforschung bzw. ihren politischen Akteuren auch immer weniger, sie als Irrtum und *falsches* bzw. *entfremdetes Bewusstsein* darzustellen, um ihr dann eine *wahrhaft emanzipatorische* Vision gegenüber zu stellen. Die Krux der modernen Nachhaltigkeitspolitik liegt in dem neuen Gleichklang der bis dato als konfligierend gedachten Logiken des kapitalistischen und des emanzipatorischen Projekts. Wohl nicht zuletzt aus Angst vor dem politischen Abgrund, der sich hier auftut, verbieten sich wesentliche Teile der Transformationsliteratur aber den klaren Blick auf die vorfindlichen gesellschaftlichen Verhältnisse. Das Prinzip der Verantwortlichkeit verlangt jedoch, sich diesen Realitäten zu stellen.

Natürlich können eine Nachhaltigkeitsforschung und Transformationsanstrengung, die auf einen grundsätzlichen Strukturwandel moderner Gesellschaften abzielen, deren etablierte Funktions- und Entwicklungslogik nicht als Maßstab und Grenze ihrer Vorstellungskraft übernehmen. Gleichzeitig laufen aber Transformationsnarrative, denen eine angemessene

gesellschaftstheoretische Grundlage fehlt, Gefahr, einen für die etablierte Politik der Nicht-Nachhaltigkeit sehr bedeutenden stabilisierenden Effekt zu entfalten. Bereits in den 1980er Jahren hatten die Verfechter der *ökologischen Modernisierung* versichert, das Problem sei nunmehr klar erkannt, werde politisch ernst genommen und nun auf verschiedenen gesellschaftlichen Handlungsebenen konstruktiv bearbeitet. Mit ihrem Narrativ der technologischen Innovation, marktwirtschaftlicher Policy-Instrumente und politisch agierender Konsumenten haben sie einen wirksamen Schutzschirm aufgespannt, unter dem die bereits damals sichtbar brüchig gewordene Ordnung dann noch für Jahrzehnte weiter erhalten werden konnte. Ihre Politikansätze haben unbestreitbar eine Vielzahl von Verbesserungen gebracht, aber sie haben doch auch mit dazu geführt, dass sich die Komplexität der Vielfachkrise, mit der heutige Gesellschaften sich konfrontiert sehen, sich ungehindert weiter entfalten konnte. An dem Punkt, an dem die Grenzen der bisherigen Strategien des Weiter-So nun unverkennbar geworden sind und der Polanyi'sche Begriff der *großen Transformation* unvermittelt wieder hohe Konjunktur hat, aber auch die Politik der Nicht-Nachhaltigkeit offener verfolgt wird denn je, scheint es daher umso wichtiger, neue entstehende Hoffnungsnarrative gründlicher denn je auf ihr tatsächliches Transformationspotenzial hin abzuklopfen.

Ob und inwiefern solche metakritischen Ansätze dann ihrerseits politische Energie mobilisieren können, bleibt dabei zunächst offen. Tatsächlich versteht unsere Argumentation gesellschaftliche Entwicklungen als sehr viel stärker evolutionär, auf jeden Fall aber als sehr viel weniger gesteuert und steuerbar, als es sowohl für die herrschaftskritischen Ansätze der postmarxistischen Tradition als auch für die optimistischen Transformationsnarrative im Stile des WBGU kennzeichnend ist. Sie könnte dafür kritisiert werden, dass sie die gesellschaftlichen Machtverhältnisse vernachlässigt und nicht unmittelbar Handlungsempfehlungen gibt. Modelle wie die Theorie der *Emanzipation zweiter Ordnung* könnten böswillig sogar noch als die gesellschaftstheoretische Legitimation für ein Weiter-So vereinnahmt werden. Es geht hier

jedoch nicht darum, den herrschaftskritischen Ansätzen ihre Berechtigung abzusprechen, sondern sie zu ergänzen, um ein komplexeres Verständnis der nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit zu ermöglichen. Eine Transformationsforschung, die sich selbst soziologisch ernst nehmen will, wird letztlich auch nicht umhin können anzuerkennen, dass das alte Paradigma der Entfremdung und Emanzipation zur Erklärung fortgeschritten moderner Gesellschaften und ihrer Krisen schlicht nicht mehr ausreichend ist. Zudem rückt unsere Argumentation auch keineswegs bedenkenlos von den Normen des kritischen Projekts ab, sondern das Bemühen (auch in der reflexiven Kritik neuer Hoffnungsnarrative), die Funktionsweise und Implikationen der Politik der Nicht-Nachhaltigkeit sichtbar zu machen, ist letztlich getragen

Das alte Paradigma der Entfremdung und Emanzipation ist zur Erklärung fortgeschritten moderner Gesellschaften und ihrer Krisen schlicht nicht mehr ausreichend.

von dem Appell an eben jene Normen, von denen Emanzipation zweiter Ordnung sich befreit. Und wenn hier allzu einfache Transformationsnarrative kritisch hinterfragt werden, liegt darin weder eine Behauptung von Alternativlosigkeit, noch gar eine Rechtfertigung des Status

Quo: Der Klimawandel, die Migrationswellen, der Rechtspopulismus, der religiöse Fundamentalismus und der unkontrollierbare Terrorismus zeigen unmissverständlich, dass die Politik

der Nichtnachhaltigkeit bereits jetzt erhebliche politische Energien mobilisiert. Die Hoffnung und der Glaube, diese Energien erneut im Sinne des europäischen Vernunfts- und Demokratisierungsprojektes kanalisieren und kontrollieren zu können, scheinen jedoch zunehmend fragwürdig.

6. Literaturverweise

- Blühdorn, I. 2011. The Politics of Unsustainability: COP15, Post-Ecologism and the Ecological Paradox. *Organization & Environment* 24/1: 34–53.
- Blühdorn, I. 2013a. The governance of unsustainability. Ecology and democracy after the post-democratic turn. In: *Environmental Politics* 22/1: 16–36.
- Blühdorn, I. 2013b. *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der Post-demokratischen Wende*. Berlin: Suhrkamp.
- Blühdorn, I. 2016. Sustainability, Post-Sustainability, Unsustainability. In: *The Oxford Handbook of Environmental Political Theory*. Herausgegeben von T. Gabrielson, C. Hall, J. M. Meyer und D. Schlosberg. Oxford: OUP: 259–273.
- Blühdorn, I. 2017. Post-capitalism, Post-growth, Post-Consumerism: Eco-political Hopes beyond Sustainability. In: *Global Discourse* 7/2: 42–61.
- Blühdorn, I., F. Butzlaff. 2018. Rethinking Populism. Peak Democracy, Liquid Identity and the Performance of Sovereignty. In: *European Journal of Social Theory*: 1–21.
- Böhme, G. 2016. *Ästhetischer Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Boltanski, L. 2010. *Soziologie und Sozialkritik*. Berlin: Suhrkamp.
- Brand, U., M. Wissen. 2017. *Die Imperiale Lebensweise*. München: oekom.
- Burkhart, C., M. Schmelzer, N. Treu. 2017. Degrowth als Teil des Mosaiks der Alternativen für eine sozial-ökologische Transformation. In: *Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation*. Herausgegeben von Konzeptwerk Neue Ökonomie & DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften: 402–414.
- Butzlaff, F. 2016. *Die neuen Bürgerproteste in Deutschland. Organisatoren - Erwartungen - Demokratiebilder*. Bielefeld: Transcript.
- Butzlaff, F., C. Hoeft, J. Kopp. 2013. "Wir lassen nicht mehr alles mit uns machen!". Bürgerproteste an und um den öffentlichen Raum, Infrastruktur und Stadtentwicklung. In: *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?*. Herausgegeben von F. Walter, F. Butzlaff, L. Geiges, S. Marg. Reinbek: 46–91.
- Connolly J., A. Prothero. 2008. Green Consumption. In: *Journal of Consumer Culture* 8/1: 117–145.
- D'Alisa, G., F. Demaria, G. Kallis. 2015. Preface. In: *Degrowth. A vocabulary for a new era*. Herausgegeben von G. D'Alisa, F. Demaria, G. Kallis. New York: Routledge: xx–xxii.

- Decker, O., J. Kiess, E. Brähler (Hrsg.). 2016. *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland*. Gießen: Psychosozial.
- Demaria, F., F. Schneider, F. Sekulova, J. Martinez-Alier. 2013. What is Degrowth? From an Activist Slogan to a Social Movement. In: *Environmental Values* 22/2: 191-215.
- Dobernig, K., S. Stagl. 2015. Growing a lifestyle movement? Exploring identity-work and lifestyle politics in urban food cultivation. In: *International Journal of Consumer Studies* 39/5: 452-458.
- Dryzek, J., D. Downes, C. Hunold, D. Schlosberg. 2003. *Green States and Social Movements*. Oxford: Oxford University Press.
- Eribon, D. 2016. *Rückkehr nach Reims*. Berlin: Suhrkamp.
- Eversberg, D. 2016. Wachstumskritik als freiwillige Selbstreorganisation. Versuch, uns und anderen die Degrowth Bewegung zu erklären. In: *Psychosozial* 1/143: 81-95.
- Eversberg, D., Schmelzer, M. 2016. Über die Selbstproblematierung zur Kapitalismuskritik. Vier Thesen zur entstehenden Degrowth-Bewegung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 29/1: 1-13.
- Fücks, R. 2013. *Intelligent wachsen. Die grüne Revolution*. München: Hanser.
- Geiges, L., S. Marg, F. Walter. 2015. *Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?*. Bielefeld: Transcript.
- Graefe, S. 2016. Grenzen des Wachstums? Resiliente Subjektivität im Krisenkapitalismus. In: *Psychosozial* 1/143: 39-50.
- Hausknost, D. 2014. Decision, choice, solution: 'Agentic deadlock in environmental politics. In: *Environmental Politics* 23/3: 357-375.
- Hausknost, D. 2017a. Degrowth and Democracy. In: *Routledge Handbook of Ecological Economics: Nature and Society*. Herausgegeben von Clive L. Spash. Abingdon/ Oxon/ New York: Routledge: 457-466.
- Hausknost, D. 2017b. Greening the Juggernaut? The modern state and the 'glass ceiling' of environmental transformation. In: *Ecology and Justice: Contributions from the margins*. Zagreb: Institute of Political Ecology. Herausgegeben von Mladen Domazet: 49-76.
- Howaldt, J., M. Schwarz. 2010. *Soziale Innovation im Fokus. Skizze eines gesellschaftstheoretisch inspirierten Forschungskonzepts*. Bielefeld: transcript.
- Howaldt, J., M. Schwarz. 2017. Die Mechanismen transformativen Wandels erfassen. Plädoyer für ein praxistheoretisches Konzept sozialer Innovationen. In: *GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society* 26/3: 239-244.
- Huber, J. 2009. Ecological Modernization: Beyond Scarcity and Bureaucracy. In: *The Ecological Modernisation Reader*. Herausgegeben von A.P.J. Mol, D.A. Sonnenfeld, G. Spaargaren. London: Routledge.
- Jackson, T. 2011. *Prosperity without Growth*. London: Earthscan.
- Jörke, D., V. Selk. 2015. Der hilflose Antipopulismus. In: *Leviathan* 43/4: 484-500.
- Kallis, G., F. Demaria, G. D'Alisa. 2015. Introduction. Degrowth. In: *Degrowth. A vocabulary for a new era*. Herausgegeben von G. D'Alisa, F. Demaria, G. Kallis. New York: Routledge: 1-17.
- Konzeptwerk Neue Ökonomie. 2017. *Kein Wachstum ist auch (k)eine Lösung. Mythen und Behauptungen über Wirtschaftswachstum und Degrowth*. Rosa Luxemburg Stiftung https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Argumente/lux_argu_14_Wachstum_dt_05-17.pdf (abgerufen 04.07.2017)
- Krastev, I. 2017. Auf dem Weg in die Mehrheitsdiktatur?. Geiselberger, H. (Hg.) *Die große Regression*. Berlin: Suhrkamp: 117-134.
- Lessenich, S. 2016. *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihre Folgen*. Berlin: Hanser.
- Meadowcroft, J. 2012. Greening the State? In: *Comparative Environmental Politics: Theory, Practice, and Prospects*. Herausgegeben von P.F. Steinberg & S.D. Van Deveer. Cambridge/ Massachusetts: MIT-Press.
- Moser, S., S. Kleinhüchelkotten. (2017). Good Intent, but Low Impacts: Diverging Importance of Motivational and Socioeconomic Determinants Explaining Pro-Environmental Behaviours, Energy Use, and Carbon Footprint. In: *Environment and Behaviour*.
- Muraca, B. 2015. Wider den Wachstumswahn: Degrowth als konkrete Utopie. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. 2: 101-109.
- Paech, N. 2012. *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München: oekom.
- Paech, N. 2013. Wege aus der Wachstumsdiktatur. In: *Wege aus der Wachstumsgesellschaft*. Herausgegeben von Harald Welzer. Frankfurt am Main: Fischer: 200-219.
- Reckwitz, A. 2010. *Subjekt*. Bielefeld: Transcript.
- Reckwitz, A. 2017. *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Schlosberg, D., R. Coles. 2015. The new environmentalism of everyday life. Sustainability, material flows and movements. In: *Contemporary Political Theory* 15/2: 160-181.
- Schneidewind, U. 2015. Transformative Wissenschaft – Motor für gute Wissenschaft und lebendige Demokratie. In: *GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society* 24/2: 88-91.

- Schneidewind, U., M. Singer-Brodowski. 2014. *Transformative Wissenschaft. Klimawandel im Deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem*. Marburg: Metropolis
- Skocpol T. 1979. *States and Social Revolutions*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Soper, K. 2007. Rethinking the Good Life: The Citizenship Dimension of Consumer Disaffection with Consumerism. In: *Journal of Consumer Culture*. 7/2: 205-229.
- Spier, T. 2010. *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*. Heidelberg: Springer.
- Streeck, W. 2014. *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Tarde, G. 2009. *Die Gesetze der Nachahmung*. Berlin: Suhrkamp
- Umweltbundesamt. 2016. Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen). 39/2016. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_39_2016_repraesentative_erhebung_von_pro-kopf-verbraeuchen_natuerlicher_ressourcen.pdf. (abgerufen 04.07.2017).
- Wagner, F., A. Grunwald. 2015. Reallabore als Forschungs- und Transformationsinstrument Die Quadratur des hermeneutischen Zirkels. In: *GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society* 24/1: 26–31.
- WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Global Umweltveränderung). 2011. *Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Berlin: WBGU
- Wiesendahl, E. 2011. *Volksparteien: Aufstieg, Krise, Zukunft*. Opladen/ Berlin/ Farmington Hills: Barbara Budrich.

Ingolfur Blühdorn leitet das *Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit* (IGN) an der WU Wien. Er studierte Theaterwissenschaft und Philosophie in Erlangen und spezialisierte sich später in den Bereichen Gesellschaftstheorie und emanzipatorisch-demokratische Politik. Über 20 Jahre lehrte er politische Soziologie an der University of Bath in GB.

Prof. Dr. Ingolfur Blühdorn, ingolfur.bluehdorn@wu.ac.at, **Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN)**, Wirtschaftsuniversität Wien, Welthandelsplatz 2, Gebäude D5, Zimmer 3.080, A-1020 Wien

Felix Butzlaff ist Universitätsassistent am Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN) an der WU Wien. Er hat Politikwissenschaften, VWL und Öffentliches Recht an den Universitäten Göttingen und Santiago de Chile studiert und arbeitet zu Themen der Demokratieentwicklung sowie dem Wandel von Politischen Parteien und Sozialen Bewegungen.

Dr. Felix Butzlaff, felix.butzlaff@wu.ac.at, **Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN)**, Wirtschaftsuniversität Wien, Welthandelsplatz 2, Gebäude D5, Zimmer 3.080, A-1020 Wien

Michael Deflorian arbeitet als Research and Teaching Associate am Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit. Vorher hat er Umweltgeschichte in Uppsala und Politikwissenschaft in Berlin studiert. In seiner Doktorarbeit beschäftigt er sich mit der Frage, inwieweit sogenannte „Pioniere des Wandels“ (z.B. Gemeinschaftsgärten, Repair Cafés oder Kleidertauschinitiativen) als ein neuer Typus der sozialen Bewegungen verstanden werden können. Weitere Forschungsschwerpunkte sind das spätmoderne Subjekt, die Transformation der Wachstumsgesellschaft sowie Degrowth.

Michael Deflorian, MA, michael.deflorian@wu.ac.at, **Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN)**, Wirtschaftsuniversität Wien, Welthandelsplatz 2, Gebäude D5, A-1020 Wien

Daniel Hausknost ist Assistenzprofessor am Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN) an der WU Wien. Er studierte Politikwissenschaft und Philosophie in Wien und promovierte an der Keele University (UK). Hausknost arbeitet vorrangig zu Fragen der Transformationsfähigkeit und Nachhaltigkeit moderner demokratischer Systeme und des kapitalistischen Staats. Vor seiner akademischen Laufbahn war Hausknost in mehreren internationalen Umwelt-NGOs tätig.

Ass.-Prof. Dr. Daniel Hausknost, daniel.hausknost@wu.ac.at, **Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN)**, Wirtschaftsuniversität Wien, Welthandelsplatz 2, Gebäude D5, A-1020 Wien